

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003014/2025
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Fabio De Masi (NI)

Betrifft: Rechtliche Risiken durch geplantes EU-Importverbot für russisches Erdgas

Laut dem Oxford Institute of Energy Studies wirft der Vorschlag für eine Verordnung zur Einstellung der Einfuhren von russischem Erdgas, zur Verbesserung der Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1938 ungelöste rechtliche Fragen auf, die „eine erhebliche Belastung für Importeure und andere Beteiligte bedeuten, während gleichzeitig die Gefahr besteht, dass die Regulierung zu weit geht und möglicherweise die Kosten erhöht und rechtmäßige Gaseinfuhren verhindert“. Die Analysten führen zudem aus, dass die Änderung der Vorschriften zu rechtlicher Unklarheit führt, „insbesondere in Bezug auf die Anwendung von Klauseln über höhere Gewalt und Vertragskündigung“. Der Vorschlag garantiere nicht, „dass ein Importverbot im Rahmen des betreffenden Vertrags als höhere Gewalt anerkannt wird, sodass Käufer potenziellen Schadensersatzansprüchen oder laufenden Verpflichtungen aus langfristigen russischen Gas- und LNG-Verträgen ausgesetzt sind – selbst wenn das EU-Verbot in Kraft ist“.

Wie will die Europäische Kommission der Kritik des Oxford Institute of Energy Studies¹ Rechnung tragen, wonach der Vorschlag zur Einstellung der Einfuhren von russischem Erdgas rechtliche Unklarheiten verursacht und Importeure möglichen Schadensersatzansprüchen aussetzt?

Eingang: 19.7.2025

¹ <https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2025/07/The-EU-Proposal-To-Ban-Russian-Gas-Imports-roadblock-more-than-roadmap-NG-199.pdf>